

Grosse Skiarena?
Eine Firma aus Schweden verhandelt mit Sawiris' Orascom über Investitionen. 11

Verwirrung in Worb
Die Abstimmung über die Ortsplanung ist möglicherweise ungültig. 25

Der Skandalmal
Die grosse Werkschau von Edouard Manet in Paris ist ein Ereignis der Superlative. 29



Meistertitel für YB
Michaela Burkhard ebnete den YB-Frauen mit zwei Toren den Weg zum Titel. 16

AZ 3000 Bern 1

CITROËN
Citroën (Suisse) SA Autopartner von YB
Freiburgstrasse 447
3018 Bern
citroen-bern.ch

Der Bund

Donnerstag, 12. Mai 2011 – 162. Jahrgang, Nr. 110 – Fr. 3.50 (inkl. 2,5% MwSt), Ausland € 2.20

Unabhängige liberale Tageszeitung – gegründet 1850

Syriens Regime lässt Wohngebiete beschossen



UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon rief Syrien und Libyen gestern in Genf auf, die Gewalt sofort zu beenden. Foto: Reuters

Syrische Streitkräfte haben die Protesthochburgen unter Beschuss genommen.

Syriens Regime geht weiter mit unverminderter Härte gegen Regierungsgegner vor. Die Streitkräfte bombardierten nach Angaben von Aktivisten Homs, die drittgrösste Stadt des Landes und eine der Hochburgen der Proteste gegen Staatschef Bashar al-Assad. Drei Stadtviertel seien von Panzern und mit Rake-

ten beschossen worden. Auch Dörfer um die Rebellen-Hochburg Daraa wurden bombardiert. Mindestens 19 Zivilisten wurden getötet. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon hatte Assad zuvor auch in mehreren persönlichen Gesprächen aufgerufen, die Gewalt in seinem Land zu beenden und die Forderungen nach politischen Reformen ernst zu nehmen.

EU: Einreiseverbot gegen Assad
Die EU bereitet weitere Sanktionen gegen Syrien vor, gegen Präsident Assad

will die Union nun ein Einreiseverbot verhängen.

In Libyen nahmen die Rebellen derweil nach eigenen Angaben den Flughafen der seit Wochen umkämpften Hafenstadt Misrata ein. Im Jemen erschossen Sicherheitskräfte sechs Demonstranten, worauf erneut Tausende in den Strassen protestierten. Und auch Tunesien kommt nicht zur Ruhe: Nach einer Serie von Protesten liess die Übergangsregierung knapp 200 Personen festnehmen. (age/aus) – Seite 5

Unfallursache im Fall Bernaqua weiterhin unklar

Das Erlebnisbad in Brünnen öffnet voraussichtlich erst wieder im September.

Simona Benovici

«Mit grosser Wahrscheinlichkeit» hat sich das über 100 Quadratmeter grosse Verschalungsstück im Erlebnisbad Bernaqua in Brünnen vor Monatsfrist weder durch Mängel bei tragenden Wänden oder Hauptträgern noch durch ein «aussergewöhnliches Ereignis» wie etwa ein Erdbeben von der Decke gelöst. Auch können Korrosionsschäden als Unfallursache ausgeschlossen werden. Das teilten gestern die regionale Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland und die Kantonspolizei mit.

Obwohl trotz «umfangreicher Ermittlungen» weiterhin Unklarheit über die genaue Unfallursache herrscht, wertet Anton Gäumann, der Geschäftsführer der Bernaqua-Betreibergesellschaft Neue Brünnen AG, diese ersten Erkenntnisse dennoch als «sehr aufschluss-

reich». Während sich die weiteren Untersuchungen auf die Planung und den Einbau der Tragkonstruktion der heruntergestürzten Decke konzentrieren, will die Neue Brünnen AG den Untersuchungsabschluss nicht abwarten und in den kommenden Wochen bereits alle Deckenverkleidungen ersetzen, die nach dem gleichen System wie der eingestürzte Deckenteil eingebaut wurden.

«Existenzfrage stellt sich nicht»

Die Kosten, die der Betreiberin durch die baulichen Massnahmen und die Einnahmeeinbussen entstehen – das Bad bleibt aller Voraussicht nach für weitere vier Monate geschlossen –, gehen in die Millionen. Der Ausfall stelle jedoch keine Gefährdung der Unternehmung dar: «Die Existenzfrage stellt sich nicht», sagt Gäumann. – Seite 19

Mehrheit der Bevölkerung will Einwanderung begrenzen

Das Unbehagen über die Einwanderung steigt. Dies zeigt eine Umfrage des Forschungsinstituts M.I.S. Trend im Auftrag der Zeitschrift «L'Hebdo». 59 Prozent der Schweizer wünschen sich demnach eine Zuwanderungsbeschränkung.

Vor dem Hintergrund der drohenden Flüchtlingswelle aus Nordafrika

hat der Bundesrat derweil gestern Massnahmen beschlossen, um besser auf Notsituationen im Asylbereich reagieren zu können. Auf Antrag von Justizministerin Simonetta Sommaruga wird ein Sonderstab Asyl geschaffen und ein Asyl-Notfallkonzept ausgearbeitet. (bin/sda) – Seiten 2, 3 und 7

Anzeige

Schärfen Sie Ihr Profil.
Qualifizieren Sie sich.
Bürofach-/Handelsschule, Techn. Kauffrau/-mann, Führungsfachfrau/-mann.
Telefon 0844 373 654
www.klubschule.ch/business

Heute im «Bund»

Super League Frei rettet Basel einen Punkt

Der FCZ war im Spitzenspiel (2:2) besser, aber nicht effizient. Alex Frei glied für Basel zweimal aus. – Seite 18

Stadt Bern YB-Fans gezielt kontrolliert

Die Kantonspolizei Bern ist am Dienstag gezielt gegen eine Gruppe YB-Fans vorgegangen. Nach dem Überfall auf einen Extrazug sucht sie die Täter. – Seite 19

Da Cruz Im «Sistema Subversiva»

Die Musik der brasilianisch-helvetischen Band kann durchaus sonnig sein, pflegt aber auch Abgründiges. – Seite 29

«Berner Woche» Pfeile und Sehhilfen

Pfeile, mitten ins Herz: die Miniatur-Hörspiele von Fitzgerald & Rimini. – Miniatur-Soul: die Gruppe Chamber Soul. – Trauerarbeit: Nicole Kidman und Aaron Eckhart

spielen in «Rabbit Hole» ein Paar, das den Tod des Sohnes verarbeitet. – Und: Raphael Urweider spricht über seine Klassik, Rap und seine Sehhilfe. – Seiten 31-35

Service

Meinungen/Leserbriefe – 10/26
Todesanzeigen/Danksagungen – 22
Kinoprogramm – 24/33
Wetter – 26
Fernsehen & Radio – 27
Berner Kultur – 35

Post verbessert Leerungszeiten

Die Schweizerische Post will die Leerungszeiten der Briefkästen verbessern. So sollen ab 5. September 93 Prozent aller eingeworfenen Briefe noch am gleichen Tag abgeholt werden – derzeit gilt dies erst für 68 Prozent. Möglich soll dies mit einer späteren Leerung, frühestens um 17 Uhr, werden. Heute leeren die Post-Mitarbeitenden 5400 Briefkästen nach 17 Uhr, ab September werden es 6700 sein. (nt) – Seite 13

Heute mit «Mietmarkt»
Seiten 14/15

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12, Internet www.derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch
Verlag Der Bund, c/o Espace Media AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 31 11, Fax 031 330 36 86, Inserate Berner Zeitung, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71, Mail: inserate@espacemedia.ch
Abonnemente Tel. 0844 385 144 (Lokalтарif), Mail: abo@derbund.ch



Anzeige

sunny life
Hier ist alles bereit für den Sommer!

Cooler Bonus!
Jeder Einkauf ab CHF 50.- bringt Ihnen eine Überraschung!

erlebnis westside
bern brünnen

Thema

Umfrage zur demografischen Zukunft der Schweiz

Akzeptanz der Zuwanderung stösst

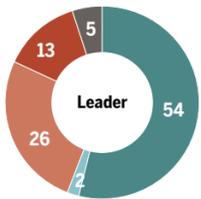
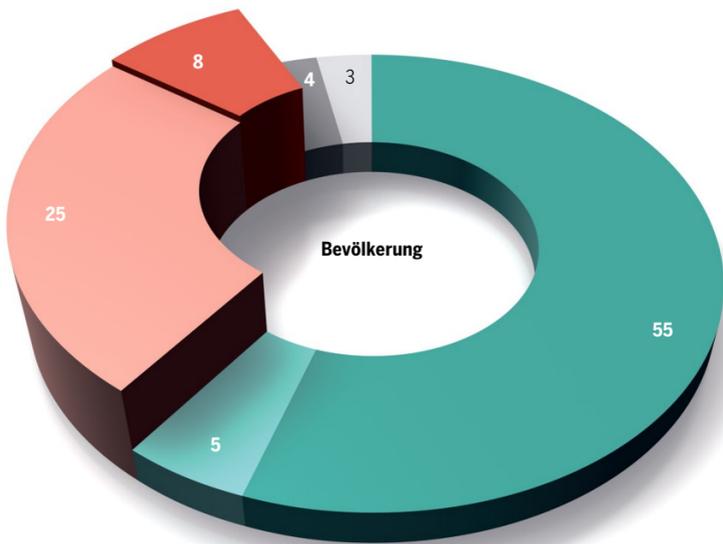
Zwar hat ein Drittel der Schweizerinnen weniger Kinder als gewünscht. Trotzdem wächst die Bevölkerung wegen

Familie

Ein Drittel der über 45-Jährigen hätte sich mehr Kinder gewünscht

Haben Sie so viele Kinder, wie Sie sich gewünscht haben?

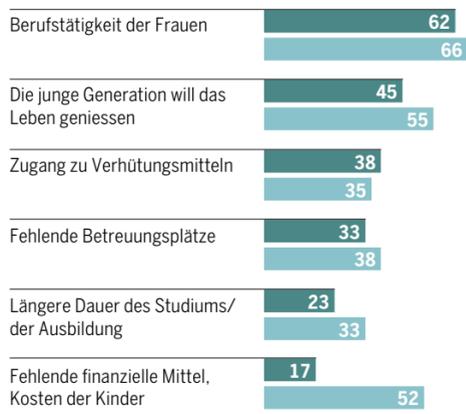
In %



■ Die gewünschte Anzahl
■ Mehr als gewünscht
■ Weniger als gewünscht
■ Keine, aber Kinder gewünscht
■ Keine und keine gewünscht
■ Keine Antwort

Warum Schweizer Frauen weniger Kinder bekommen

Gründe für den Rückgang der Geburtenquote



Wie könnte die Geburtenzahl erhöht werden?

Teilzeitarbeit für Eltern

Erhöhung der Familienzulagen

Mehr Krippenplätze

Vaterschaftsurlaub

Blockzeiten an den Schulen

Längerer Mutterschaftsurlaub

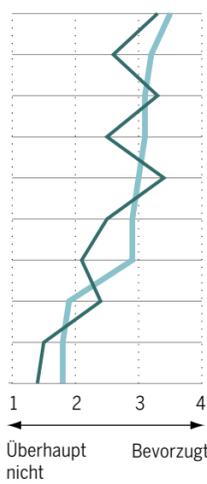
Erhöhung der Familienzulagen

Frühere Einschulung

Förderung der Einwanderung

Abtreibungsverbot

Legend: Leader (dark blue), Bevölkerung (light blue)

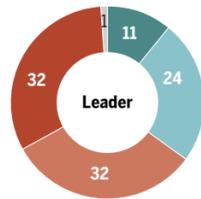
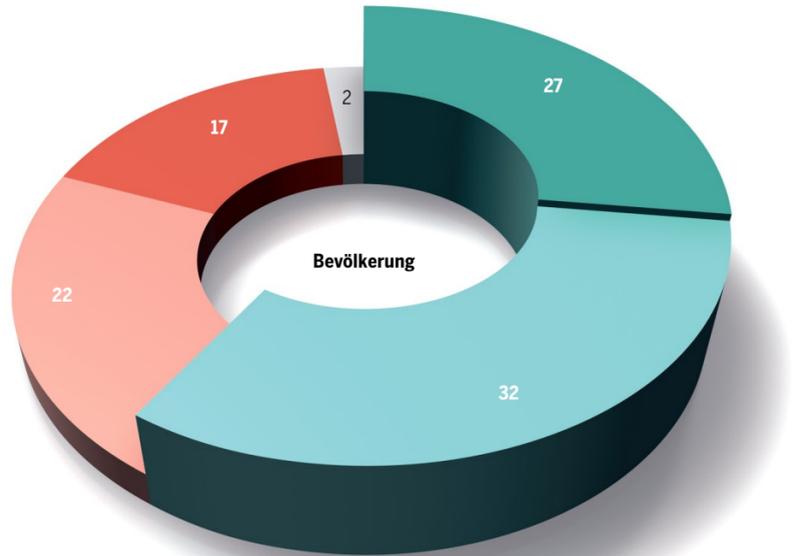


Zuwanderung

Einwanderungsbeschränkung stösst auf Zustimmung

Braucht es eine Einwanderungsbeschränkung, um das Bevölkerungswachstum in der Schweiz zu begrenzen?

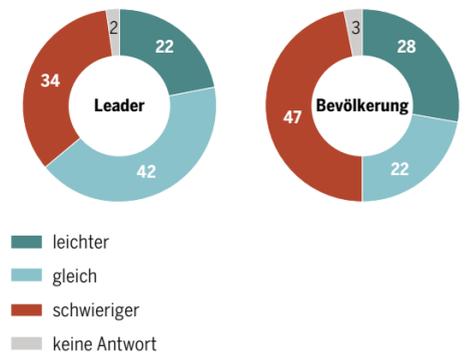
In %



■ Ja
■ Eher Ja
■ Eher Nein
■ Nein
■ Keine Antwort

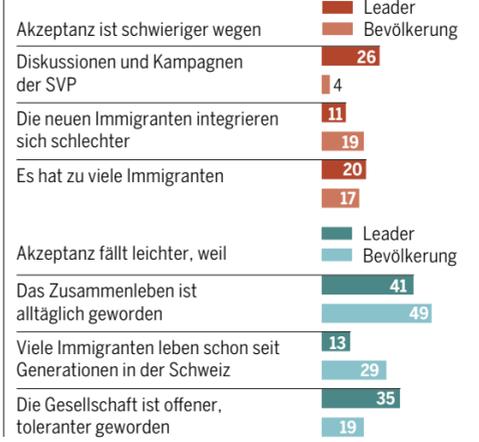
Immigranten sind weniger akzeptiert als vor 40 Jahren

Fällt es heute leichter, Einwanderer zu akzeptieren, als in den 60er- und 70er-Jahren?



SVP-Kampagnen tragen zur sinkenden Akzeptanz bei

Warum ist die Akzeptanz schwieriger/einfacher?



Geburtenpolitik

Muss man eine geburtenfreundliche Politik betreiben, um der Überalterung der Schweiz vorzubeugen?



■ Ja
■ Eher Ja
■ Eher Nein
■ Nein
■ Keine Antwort

Leader begrüßen die Migration als Mittel gegen Überalterung

Ist die Migration ein gutes Mittel gegen die Überalterung in der Schweiz?



■ Ja
■ Nein
■ Keine Antwort

Wohn- und Bauzonen nur für Schweizer

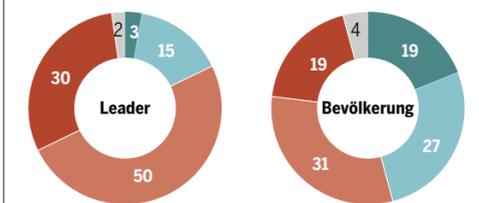
Einige Gemeinden überlegen sich, Wohn- und Bauzonen für Einheimische einzurichten. Wie finden Sie das?



■ Gute Idee
■ Schlechte Idee
■ Keine Antwort

Ausländische Kaderleute sind keine Konkurrenz

Sind ausländische Kaderleute eine zu grosse Konkurrenz für Schweizer?



■ Ja
■ Eher Ja
■ Eher Nein
■ Nein
■ Keine Antwort

an ihre Grenzen

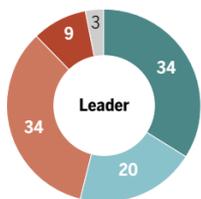
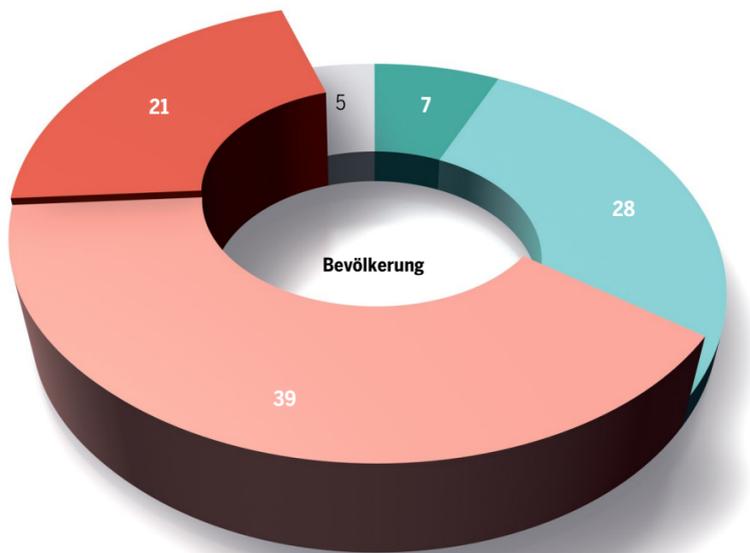
der anhaltenden Zuwanderung stetig. Parallel dazu nehmen die Vorbehalte gegenüber Immigranten zu.

Zukunft

Bevölkerungswachstum wird als Problem gesehen

Sehen Sie den Bevölkerungsanstieg in der Schweiz als Chance oder als Problem?

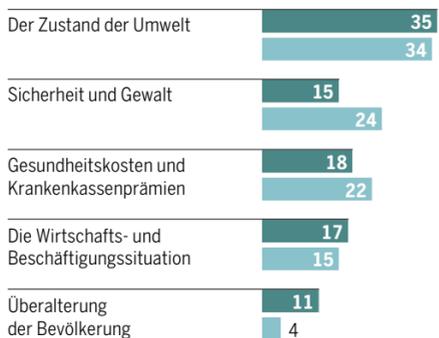
In %



Sehr grosse Chance
Chance
Problem
Sehr grosses Problem
Keine Antwort

Die Überalterung wird nicht als grosses Problem empfunden

Welches Problem beschäftigt Sie heute am stärksten?



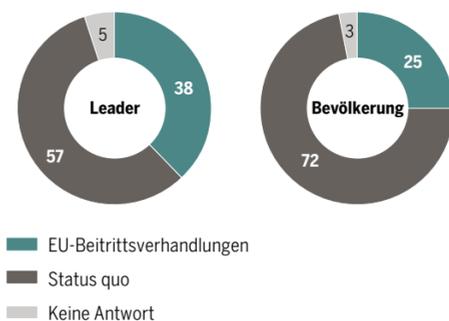
Vertrauen in ein friedliches Zusammenleben

Wie sieht in 10 bis 15 Jahren das Zusammenleben mit der ausländischen Wohnbevölkerung aus?



EU-Beitrittsverhandlungen finden keine Mehrheit

Ist es Zeit für Beitrittsverhandlungen mit der EU, oder bevorzugen Sie den Status quo?



Optimistisch in die Zukunft

Was sind Ihre Erwartungen für die nächsten 15 Jahre in Bezug auf die Schweiz und ihre Nachbarländer?



Daniel Foppa und Marie-Hélène Miauton

Die Wohnbevölkerung in der Schweiz nimmt kontinuierlich zu. Zwischen Boden- und Genfersee leben heute 7,8 Millionen Menschen. Laut dem Bundesamt für Statistik werden es 2035 bereits 8,8 Millionen sein. Grund dafür ist nicht die Geburtenrate von 1,5 Kindern pro Frau, die im internationalen Vergleich eher tief ist, sondern die Zuwanderung. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 sind jedes Jahr durchschnittlich 140 000 Menschen in die Schweiz eingewandert, während demgegenüber nur 83 000 ausgewandert.

Eine Umfrage des Lausanner Forschungsinstituts M.I.S. Trend (siehe unten) ist den Ursachen für die niedrige Geburtenrate nachgegangen und hat nach den Folgen der Zuwanderung gefragt. Die Ergebnisse werden heute an der Tagung «Forum des 100» in Lausanne diskutiert und erscheinen zeitgleich im «Tages-Anzeiger», im «Bund», «L'Hebdo» und «Il Caffé». Am Treffen nehmen rund 850 Persönlichkeiten teil, unter ihnen FDP-Bundesrat Didier Burkhalter und Joseph Deiss, Präsident der UNO-Generalversammlung.

Unerfüllter Kinderwunsch

Wie die Umfrage zeigt, haben 39 Prozent der Führungskräfte und 33 Prozent der Bevölkerung über 45 Jahre keine oder weniger Kinder, als sie sich eigentlich gewünscht hätten. Als Ursache für die tiefe Geburtenrate wird von beiden Gruppen primär die Berufstätigkeit der Frauen genannt, gefolgt von der Aussage, die Jungen wollten in erster Linie das Leben geniessen. Fehlende Betreuungsangebote für Kinder folgen erst an vierter Stelle.

Ein bemerkenswerter Unterschied zwischen der Bevölkerung und den Leadern zeigt sich bei der Frage, ob auch fehlende finanzielle Mittel ein Grund für die tiefe Geburtenrate sein könnten: 52 Prozent der Bevölkerung finden, dass aus Kostengründen auf Kinder verzichtet wird. Bei den Führungskräften sind nur 17 Prozent dieser Ansicht.

Landesweite Studie 1609 Personen befragt

Die Umfrage wurde im Auftrag der Westschweizer Zeitschrift «L'Hebdo» vom Lausanner Meinungsforschungsinstitut M.I.S. Trend durchgeführt. Zwischen dem 14. Februar und dem 12. März 2011 wurden 521 Deutschschweizer, 493 Romands und 195 Tessiner telefonisch interviewt. Zudem wurden 400 Führungskräfte aus der ganzen Schweiz befragt. Sie sind schweizerischer oder ausländischer Herkunft und arbeiten in den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft, Erziehung, Kultur und Politik. 41 Prozent von ihnen sind international tätig. 25 Prozent haben ein kommunales, kantonales oder nationales politisches Mandat inne. Die Fehlerquote liegt bei plus/minus 4,5 Prozent bei der Bevölkerung sowie bei plus/minus 5 Prozent bei den Führungskräften. Die gesamte Studie und weitere Angaben finden sich auf:

www.forumdes100.com



52 Prozent glauben, dass Paare aus finanziellen Gründen keine Kinder haben.

Aus Sicht der Bevölkerung braucht es vor allem bessere Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit, höhere Familienzulagen und mehr Krippenplätze, um die Geburtenrate zu erhöhen. Führungskräfte würden vor allem mehr Krippenplätze und Blockzeiten an den Schulen begrüssen. Die Mehrheit der Führungskräfte und der Bevölkerung fordert zudem politische Massnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate. Sie denkt an Steuererleichterung für Familien, die Förderung von Teilzeitarbeit sowie ausgebauten Betreuungsangeboten.

Deutliche Unterschiede zwischen den Leadern und der Bevölkerung zeigen sich bei der Bewertung der Zuwanderung. So ist es für eine klare Mehrheit von 72 Prozent der Führungskräfte positiv, dass dank der Zuwanderung die Überalterung und damit auch die Finanzierungsprobleme der AHV abgeschwächt werden können. Bei der Bevölkerung hingegen sind nur 46 Prozent dieser Ansicht.

Zonen für Einheimische

Heute wohnen 1,7 Millionen Ausländer ständig in der Schweiz, das entspricht 22 Prozent der Bevölkerung. Für eine Mehrheit der Befragten ist damit allmählich eine Grenze erreicht: 59 Prozent der Bevölkerung (27 Prozent sind dafür) begrüssen eine Zuwanderungsbegrenzung, wie es zum Beispiel die letzte Woche von ökologischen Kreisen lancierte Ecopop-Initiative fordert.

Zudem wünscht eine Mehrheit der Bevölkerung, dass die Gemeinden spezielle Zonen bestimmen sollen, in denen die Einheimischen bauen und wohnen können. Damit soll sichergestellt werden, dass Einheimische in ihren angestammten Gemeinden wohnen können, auch wenn sie weniger finanzkräftig sind als gut qualifizierte Zugezogene. Im Gegensatz zur Bevölkerung lehnen hingegen 64 Prozent der Führungskräfte (32 Prozent sind dagegen, 32 Prozent sind eher dagegen) eine Zuwanderungsbegrenzung ab.

Gesunkene Akzeptanz

Die Bevölkerung ist zudem skeptisch, was die Akzeptanz von Ausländern betrifft. 47 Prozent sind der Ansicht, dass Ausländer heute weniger akzeptiert sind als noch in den 60er- und 70er-Jahren. Als Gründe werden die Kampagnen der SVP, die hohe Zahl an Ausländern sowie die gesunkene Integrationsbereitschaft der Immigranten genannt.

Die Mehrheit der Führungskräfte ist hingegen der Ansicht, die Akzeptanz der Ausländer sei gestiegen. Als Gründe nennt sie, die Gesellschaft sei offener und toleranter geworden, viele Ausländer lebten seit Generationen in der Schweiz, und die Multikulturalität gehöre inzwischen zum Alltag. Augenfällig ist der Unterschied in der Bewertung der Aus-

wirkungen der SVP-Kampagnen. Im Gegensatz zur Bevölkerung finden die Führungskräfte nicht, dass diese Kampagnen zu einer sinkenden Akzeptanz der Einwanderer führen.

Die Führungskräfte sind zudem positiver eingestellt gegenüber ausländischen Kadern, die in der Schweiz arbeiten. In der Bevölkerung gibt es zwar Vorbehalte, ausländische Kader würden einen fremden Führungsstil praktizieren und die Schweizer von ihren eigenen Errungenschaften entfremden. Insgesamt findet jedoch auch eine knappe Mehrheit der Bevölkerung nicht, dass ausländische Kader eine zu grosse Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt darstellten.

Wachstum als Problem

Die Mehrheit der Bevölkerung sieht das anhaltende Wachstum der Schweizer Wohnbevölkerung mehr als Problem denn als Chance. Eine Mehrheit der Führungskräfte sieht darin hingegen primär Vorteile.

Trotz aller Vorbehalte steht aber nicht die Zuwanderung zuoberst auf dem Sorgenbarometer, sondern das Thema Umwelt. Dies, obwohl die Umfrage noch vor der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima durchgeführt worden war. Bereits in der letztjährigen Umfrage hatte die Umweltpolitik die Sorgen der Bevölkerung dominiert. Bei den Führungskräften stand damals die Sorge um die Wirtschaftslage und die Beschäftigung im Vordergrund.

Am zweitstärksten beschäftigt die Bevölkerung 2011 das Thema Sicherheit und Gewalt, während es bei den Führungskräften die steigenden Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien sind. Die wirtschaftliche und berufliche Situation folgt bei den Leadern an dritter, bei der Bevölkerung erst an vierter Stelle.

Gegen einen EU-Beitritt

Befragt nach der Zukunft, findet eine knappe Mehrheit von 52 Prozent der Bevölkerung, dass Schweizer und Ausländer weiterhin harmonisch zusammenleben werden. Bei den Führungskräften sind sogar 63 Prozent dieser Ansicht. 46 Prozent der Bevölkerung und 35 Prozent der Führungskräfte erwarten hingegen eine weniger positive Entwicklung und zweifeln daran, dass das Zusammenleben weiterhin so friedlich bleibt wie bisher.

Insgesamt beurteilen sowohl die Führungskräfte als auch die Bevölkerung die Zukunft jedoch positiv. Die Mehrheit in beiden Gruppen ist überzeugt, dass die nächsten 15 Jahre für die Schweiz und ihre Nachbarländer vorteilhaft ausfallen werden. Eine klare Mehrheit der Führungskräfte (57 Prozent) und der Bevölkerung (72 Prozent) lehnt es schliesslich ab, Beitrittsverhandlungen mit der EU aufzunehmen. Vielmehr wird der Status quo mit den bilateralen Abkommen begrüsst.

Am meisten Anlass zur Sorge gibt weiterhin die Umweltpolitik.